

Oswald von Nell-Breuning SJ

Gewerkschaften in der „aufgeklärten Marktwirtschaft“

Die „ordnungspolitische Entscheidung“

Seit den Jahren des stürmischen Wiederaufbaus unserer Wirtschaft unter dem Banner der „sozialen Marktwirtschaft“ hat unsere Wirtschaftspolitik sich nicht unwesentlich gewandelt. Zwar entsprach die Praxis auch in jenen Jahren keineswegs in allen Stücken der als allein seligmachend gepriesenen Ideologie, aber an leitender Stelle hatte man doch das gute Gewissen und glaubte ehrlich nicht nur an die Richtigkeit der Lehre, sondern auch an die vollkommene Übereinstimmung der eigenen Praxis mit ihr¹. Damals galt es als ausgemacht: nachdem die „ordnungspolitische“ Entscheidung für wettbewerbliche Verkehrswirtschaft gegen obrigkeitsliche Zentralverwaltungswirtschaft ein für allemal getroffen sei, habe die staatliche Wirtschaftspolitik nur noch dafür zu sorgen, daß diese marktwirtschaftliche Ordnung strengstens gewahrt und von dirigistischen Trübungen welcher Art auch immer frei gehalten werde. Im Sinne dieser ordnungspolitischen Entscheidung müßten alle etwaigen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik streng „marktkonform“ sein, d. h. sich jeglichen Eingriffs in das Marktgeschehen enthalten; „prozeßpolitische“ Maßnahmen, d. i. solche, die in den Ablauf des Marktgeschehens eingreifen, seien als systemwidrig unter allen Umständen abzulehnen. Heute mutet das schon beinahe sagenhaft an. In der Tat hat unsere Wirtschaftspolitik sich diesen Fesseln sehr geschickt und beinahe unmerklich entwunden. Dem Rückblick stellt dieser Vorgang sich folgendermaßen dar.

Einen *Datenkranz* für das Marktgeschehen zu setzen hatte von Anfang an nicht nur als zulässig gegolten, sondern war von der Lehre geradezu gefordert, weil nur durch Setzen der erforderlichen Randbedingungen oder Daten der Wettbewerb daran gehindert werden kann, sich selbst und damit letzten Endes die Marktwirtschaft aufzuheben. Nun aber wirken die gesetzten oder zu setzenden Daten nicht nur ordnungspolitisch, sondern immer zugleich auch prozeßpolitisch im Sinne einer Global- oder Makro-Steuerung. Über die ihm ursprünglich zugesetzte Funktion, die Marktwirtschaft bei Bestand zu erhalten und sie gegen Entartungen und Verfälschungen zu schützen, übt der Datenkranz wohl oder übel immer zugleich auch richtungsweisenden, fördernden oder hemmenden Einfluß auf den Ablauf des wirt-

¹ Die damalige Bundesregierung ließ sich von W. Röpke ein eigenes, berühmt gewordenes Gutachten erstatten, das ihr dies in aller Form bescheinigte.

schaftlichen Geschehens *im Ganzen* aus. Insoweit verhält es sich mit dem Datenkranz nicht anders als mit der Besteuerung. Sobald die steuerliche Belastung eine gewisse Höhe übersteigt, übt das Steuersystem, ob man will oder nicht, erheblichen Einfluß auf Gestalt und Richtung des Wirtschaftsablaufs aus; da man das gar nicht vermeiden kann, hat man nur die Wahl, entweder diese Wirkungen hinzunehmen und sich mit ihnen abzufinden, wie sie nun einmal sind, oder das Steuersystem nicht nur im Hinblick auf den angestrebten fiskalischen Ertrag, sondern auch unter der Rücksicht des von ihm auf die Wirtschaft ausgeübten Einflusses zu gestalten, ja noch darüber hinaus sich seiner als *Mittels* zur Einflußnahme auf die Wirtschaft zu bedienen (sog. „*Ordnungsfinanz*“). Ebenso wird man bei dem Datenkranz, nachdem man ihn ohnehin setzen muß, darauf Bedacht nehmen, daß er den Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens nicht in unerwünschtem, sondern nur in erwünschtem Sinn beeinflußt. Von da aus ist es dann nur noch ein kleiner Schritt, diesen Einfluß des Datenkranzes auf die Wirtschaft von vornherein zu *bezwecken* und sich seiner als Instruments zur Global- oder Makro-Steuerung der Wirtschaft zu bedienen. Dieser Schritt kann unmerklich und daher auch mehr oder minder unbewußt erfolgen; tritt er – einmal geschehen – plötzlich ins Hellbewußtsein, dann entdeckt die Wirtschaftspolitik zu ihrer eigenen Verwunderung, daß sie, ohne es zu merken, der neoliberalen Ideologie *entlaufen* ist. Mit traumwandlerischer Sicherheit hat sie die vom Neoliberalismus mit so viel Pathos betonte Grenzscheide zwischen Ordnungspolitik und Prozeßpolitik überschritten, ohne diese Grenze überhaupt wahrzunehmen; sie liegt nun ein für allemal hinter ihr und fällt der Vergessenheit anheim. Dafür gilt von jetzt an eine neue Grenzscheide als unverletzlich; sie verläuft zwischen „Makro“ und „Mikro“: Global- oder Makro-Steuerung ist jetzt nicht nur erlaubt, sondern wird offiziell zum Programm erhoben und alsbald mit allen heute verfügbaren Mitteln praktiziert; dagegen gelten Mikro-Interventionen nach wie vor als „dirigistisch“, werden allerdings – wenn auch nur mit schlechtem Gewissen und daher tunlichst nur insgeheim, in schwer kontrollierbarem, aber doch wohl nicht ganz unbeachtlichem Umfang – gleichfalls praktiziert.

Von der „sozialen“ zur „aufgeklärten“ Marktwirtschaft

Nachdem Maßnahmen zum Ausgleich oder zur Dämpfung der wirtschaftlichen Wechsellagen sowie zur Behebung oder Verhütung struktureller Ungleichgewichte sich als unentbehrlich erwiesen hatten und die einmal vollzogene Überschreitung der von der neoliberalen Ideologie tabuisierten Grenze unwiderruflich geworden war, bedurfte es nur noch einer glücklichen *Wortprägung*, um der Öffentlichkeit die neue Art der Wirtschaftspolitik mundgerecht zu machen. Das den Leuten geläufige Schlagwort „soziale Marktwirtschaft“ mußte durch ein ebenso eingängiges und überzeugendes ersetzt werden, das die neue Politik nicht als Bruch mit der vorigen, sondern als geradlinigen

Fortschritt über sie hinaus vorstellte. Dafür eignet sich die von *Karl Schiller* geprägte Bezeichnung „aufgeklärte Marktwirtschaft“ ganz ausgezeichnet. Geschickt erspart sie dem Staatsbürger (Wähler!) den Verdruß, verwerfen zu müssen, woran er bisher geglaubt hatte; stattdessen kann er sich dem erhebenden Gefühl hingeben, von der bisherigen simplen, „naiven“ Marktwirtschaft zur höheren Stufe der „aufgeklärten Marktwirtschaft“ emporgestiegen zu sein, und kann in sie die Zuversicht setzen, sie werde sich fähig erweisen, auch die heute im Vergleich zu den fünfziger Jahren unverkennbar größer gewordenen Schwierigkeiten zu meistern.

So hat nicht erst die neue Wirtschaftspolitik der „aufgeklärten Marktwirtschaft“ neue Daten gesetzt, sondern umgekehrt waren es die gewandelten, in die herrschende Ideologie sich nicht einfügenden und darum, weil „nicht sein kann, was nicht sein darf“, eine Zeit lang nicht zur Kenntnis genommenen Daten², die den Wandel der Politik erzwangen. Nun aber nötigt jeder Wandel der Wirtschaftspolitik, erst recht ein solcher wie der hier vorliegende, die *Gewerkschaften* dazu, ihre eigene Politik entsprechend abzuwandeln. Damit ist das Problem gestellt, dem hier nachgegangen werden soll: was bedeutet es für die Gewerkschaften, daß wir, d. h. nicht nur unsere Wirtschaftspolitik, sondern unsere Wirtschaft selbst, unwiderruflich aus der neoliberalen Ideologie herausgewachsen und über sie hinausgewachsen sind?

Die Gewerkschaften in der angeblich machtfreien Wirtschaft

Grundsätzlich hat weder die paläoliberalen noch die neoliberalen Ideologien für die Gewerkschaften Platz. Wie die paläoliberalen so ist auch die neoliberalen Wirtschaft eine *machtfreie* Wirtschaft; Macht ist eines von den Dingen, die es in ihr nicht gibt, weil es sie nicht geben darf. Gewerkschaften sind sowohl ihrer Absicht nach als auch in Wirklichkeit *Machtkörper* und stellen daher in jeder liberalen Wirtschaft einen nicht assimilierbaren Fremdkörper dar. Auch nachdem der Neoliberalismus der Vorstellung des vollständigen und vollkommenen atomistischen Wettbewerbs abgeschworen hat und sich mit dem undefinierbaren „praktikablen Wettbewerb“ („workable competition“) zufrieden gibt, ist und bleibt das bilaterale Monopol der organisierten Arbeitsmarktparteien (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände) unvereinbar mit der Ideologie einer durch den Automatismus der Preisbildung im machtfreien Markt gesteuerten Wettbewerbswirtschaft. Da hilft auch die Ausrede nicht, es sei doch immer die *Marktlage*, die den Ausgang der Lohnverhandlungen und der Lohnkämpfe bestimme. Solange die Löhne nicht autoritativ festgesetzt, sondern – sei es im Wege der Verhandlung, sei es auf dem Umweg über den Arbeitskampf – vereinbart werden,

² Die strafliche Vernachlässigung der mit marktwirtschaftlichen Mitteln nicht zu schaffenden *Infrastruktur* – Bildungs-, Gesundheits-, Verkehrswesen – und die uns heute daraus erwachsende ungeheure Last an Nachholbedarf ist der unwiderlegliche Beweis dafür, wie lange man sich geweigert hat, die der herrschenden Ideologie sich nicht fügenden Daten zur Kenntnis zu nehmen.

ist die Lohnbildung (ex definitione!) ein *Marktvorgang* und ergeben die Löhne sich aus der jeweiligen *Marktlage*. Diese Aussage ist tautologisch und darum nichtssagend; zur Sache kommen wir erst, wenn wir fragen, *was* für ein Markt ist, *wer* die Marktparteien und *welches* die Faktoren sind, aus denen die Marktlage resultiert. Ein Markt *mit* Gewerkschaften und Markt *ohne* Gewerkschaften sind nicht das Gleiche. Die Behauptung, die Gewerkschaften könnten immer nur die der Marktlage entsprechenden Löhne aushandeln oder erkämpfen, besagt daher nichts anderes als dieses: die Gewerkschaften haben *nicht alle* Bestimmungsfaktoren der Marktlage in ihrer Hand; es gibt auch andere, die sich ihrem Einfluß entziehen. Dagegen gestattet die liberale Ideologie der *machtfreien* Wirtschaft keinem Marktteilnehmer Gewalt oder Macht auch nur über *einen einzigen* Bestimmungsfaktor der Marktlage. Mit anderen Worten: eine Wirtschaft, in der Gewerkschaften effektiven Einfluß auf die Marktlage des Arbeitsmarkts ausüben, funktioniert *anders*, als sie nach der (neo-)liberalen Ideologie funktionieren darf, und ein (neo-)liberaler Minister, der den Gewerkschaften zuredet, ihre Marktchancen nicht bis zum letzten auszunützen, widerspricht sich selbst. Die von ihm vertretene Ideologie *erwartet* von allen Marktbeteiligten, daß sie ihre Marktchancen bestens nützen, und *verspricht* sich davon den optimalen wirtschaftlichen Erfolg; im Sinne dieser Ideologie ist letztes Ausnützen der Marktchancen *systemkonform*, sie nicht auszunutzen dagegen *systemwidrig*. Auf einem ganz anderen Blatt steht es, wenn unsere deutschen Gewerkschaften in der Zeit des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft bewußt darauf verzichtet haben, die sich ihnen bietenden Marktchancen auszuschöpfen; sie haben sehr klug daran getan und dadurch entscheidend zum deutschen Wirtschaftswunder beigetragen; sie verwickelten sich damit auch in keinen Widerspruch mit sich selbst, da sie sich ja der (neo-)liberalen Ideologie nicht verschrieben hatten; insoweit – allerdings auch nur insoweit! – betrieben sie schon damals „aufgeklärte Marktwirtschaft“.

Nichtsdestoweniger sind unsere Gewerkschaften von der neoliberalen Ideologie keineswegs unberührt geblieben und tun sich heute noch schwer, sich ganz von ihr zu lösen. Auch in den Köpfen gewerkschaftlicher Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftspolitiker geistert die Vorstellung von der Wirtschaft als eines idealtypisch *machtfreien* Geschehens immer noch herum. Um der großen didaktischen Vorteile willen, die dieses Modell nun einmal hat, bedienen wir uns seiner immer noch zur Einführung des Anfängers in das Verständnis wirtschaftlicher Zusammenhänge und werden uns vermutlich auch künftig seiner dazu bedienen – ungeachtet der Gefahr, daß nicht nur der Schüler, sondern auch der Lehrer der Verführungsstadt dieses Modells immer wieder erliegt, ja, daß diese Modellvorstellung, ohne daß wir uns dessen bewußt werden, trotz ihrer Wirklichkeitsfremdheit immer wieder in unsere wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Überlegungen einfließt. Um nur ein Beispiel zu nennen: immer noch versuchen wir, durch ein verbessertes „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ unserer Wirtschaft die rechte Ordnung zu geben oder sie in ihr zu erhalten, ohne uns zu fragen, ob dies angesichts der tatsächlichen Gegebenheiten wirklich „die“ natürliche

oder sachgerechte Ordnung dieser unserer Wirtschaft sein könne. Auch die Gewerkschaften beteiligen sich eifrig an diesem Bemühen; gleich seinen neoliberalen Urhebern scheinen auch sie dieses Gesetz als eine Art Grund- oder Verfassungsgesetz unserer Wirtschaft anzusehen; man brauche nur seine Lücken zu schließen und es stramm durchzuführen, um zu sichern, daß unsere Wirtschaft das sei und das bleibe, was sie ihren Sinn nach ist und sein soll. Nichts gegen die unbedingt gebotene Verbesserung dieses Gesetzes; grundlegend irrig ist nur die Vorstellung oder Erwartung, mit seiner Hilfe und mit einigen anderen Gesetzen lasse sich die idealtypische Wirtschaft mächtig freien Wettbewerbs oder überhaupt eine mächtigfreie Wirtschaft herstellen; dieser naiven Vorstellung oder Erwartung müssen wir, müssen „aufgeklärte Gewerkschaften“ ein für allemal entsagen.

Warum fällt dieses Ent sagen den Gewerkschaften so schwer? Viel eher sollte man doch das Gegenteil erwarten! Wie ist es überhaupt zu verstehen, daß sie dieser Ideologie, in der für sie selbst kein Platz ist und die sie, wie schon gesagt, sich auch niemals zu eigen gemacht haben, dennoch so weitgehend erlegen sind? Die Erklärung ist einfach: *bildhaft* ausgedrückt: weil sie sich als Hechte im Karpfenteich darin wohl fühlten.

Den Unternehmern sagt man nach, sie seien alle sehr für Wettbewerb, meinten dabei allerdings den Wettbewerb für die anderen. Vielleicht tut man den Gewerkschaften nicht ganz Unrecht, wenn man vermutet, auch sie seien sehr für die Macht freiheit *der anderen* und nähmen nur sich selbst stillschweigend davon aus. In der Tat lieben sie es gar nicht, daran erinnert zu werden, verdrängen es vielmehr aus ihrem Bewußtsein, daß sie schlecht und recht *Kartelle* sind. Wenn sie sich dagegen zur Wehr setzen, daß man in ihnen *nur* das Angebotskartell der Arbeitskraft und nichts weiter sieht, dann sind sie voll und ganz im Recht; gehen sie aber so weit, ihren kartellarischen Charakter überhaupt in Abrede zu stellen, dann muß man ihnen zugute halten, daß eben keine Erkenntnis schwerer ist als die Selbsterkenntnis.

Ohne Bild lautet die Erklärung so: eine Wirtschaft, in deren Ideologie für sie kein Platz ist, in der man sie aber gewähren läßt, ja sogar mit dieser Ideologie eklatant widersprechenden Prärogativen wie Tarifautonomie, Arbeitskampfrecht u. a. m. ausstattet, ist für die Gewerkschaften ein geradezu *paradiesischer Zustand*. Als systemwidriger Fremdkörper in einer solchen Wirtschaft volle, ja privilegierte Aktionsfreiheit zu haben, was könnte man sich Besseres wünschen?

Die tatsächlich vermachete Wirtschaft

Solange die Ideologie *effizient* ist, d. h. solange sowohl das Handeln der Wirtschaftssubjekte selbst als auch die Wirtschaftspolitik maßgeblich von ihr bestimmt wird, trifft das Gesagte ohne Zweifel zu; was aber, wenn die Ideologie in solchem Grad wirklichkeitsfremd wird, wie das heute der Fall ist? Oder wenn gar der

Wandel der Dinge die bisherige Ideologie überhaupt zu Fall bringt und eine neue Ideologie sich zu etablieren beginnt? Ist es dann nicht höchste Zeit, daß die Gewerkschaften den Stand der Dinge und ihre eigene Position gründlichst überdenken?

Es ist ja nicht so, als ob die Vermachtung der Wirtschaft erst allerjüngsten Datums wäre. Die Wirtschaft ist auch nicht erst, seitdem wir das *bilaterale* Monopol der organisierten Arbeitsmarktparteien haben, zu einem Machtgeschehen geworden. Seitdem das Geldwesen rein fiduziarisch und damit unbeschränkt elastisch und manipulierbar geworden ist, besteht unvermeidlich das *unilaterale* Monopol der Geldschöpfung als mindestens ebenso gewichtiger Machtfaktor in der Wirtschaft. Nur die reine Zentralverwaltungswirtschaft kommt zur Not ohne Verrechnung und Zahlungen in Geld aus; jede Verkehrswirtschaft, wie immer sie im einzelnen organisiert und ausgestaltet sein mag, ist Geldwirtschaft, benötigt das Geld nicht nur als abstrakte Rechengröße, sondern auch als konkretes Zahlungsmittel; dieser Umstand verleiht dem Währungsinstitut, das allein befugt ist, „Geld zu machen“, eine unerhört große, obendrein aus leicht einzusehenden Gründen nur in sehr beschränktem Maß demokratischer Kontrolle unterliegende Macht über die Wirtschaft. Seine Machtstellung ist eine doppelte: einmal als unvergleichlich mächtigster Teilnehmer am Geldmarkt, zum andern durch die Befugnis zu obrigkeitlichen oder jedenfalls obrigkeitssähnlichen geldpolitischen Entscheidungen, die nicht nur die Marktlage des Geld- und Kapitalmarkts, sondern mittelbar die konjunkturellen und strukturellen Entwicklungsbedingungen der Gesamtwirtschaft maßgeblich beeinflussen. Gewiß ist auch die Macht der Notenbank nicht unbegrenzt. Bei völlig freier Konvertibilität kann der Mangel außenwirtschaftlichen Flankenschutzes ihre Möglichkeiten empfindlich beschränken; in jedem Fall kann ihre monetäre Politik durchkreuzt werden und wird nur allzu oft um ihren Erfolg gebracht durch eine ihr zuwiderlaufende Finanz- oder Fiskalpolitik des Staates. Was diese Konfliktssituation für die Verfassung und Steuerung unserer Wirtschaft bedeutet, ist hier nicht zu vertiefen; hier interessiert vielmehr der mögliche Konflikt zwischen der Hüterin der Währung und der Tarifautonomie der Gewerkschaften. Ist die Bundesbank so unvorsichtig, laut zu denken, und deutet sie an, sie sehe sich, um ihrer Verantwortung für die Stabilität der Währung gerecht zu werden, genötigt, durch restriktive Geldpolitik den Anstieg der Löhne und Preise selbst auf die Gefahr eines gewissen Rückgangs der Beschäftigung zu dämpfen, so werden die Gewerkschaften geneigt sein, darin einen Eingriff in ihre Tarifautonomie zu erblicken und Verwahrung dagegen einzulegen. Unverkennbar können währungspolitische Maßnahmen der Bundesbank und Tarifautonomie der Gewerkschaften sich hart im Raume stoßen. Nachdem es eine in sich selbst ruhende, in sich selbst stehende Währung nicht mehr gibt, ist die Währung unvermeidlich Gegenstand des Kampfes aller Machtträger in der Wirtschaft. Wie ist dieser Machtkampf auszutragen und welchen Platz haben „aufgeklärte Gewerkschaften“ in ihm einzunehmen?

Vorstehendes sind nur einzelne Beispiele, um darzutun, daß – gleichviel, wie es früher einmal gewesen sein mag – das wirtschaftliche Geschehen von heute, die kon-

junkturelle und strukturelle Entwicklung bei uns und in anderen wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern der freien Welt sich weniger nach den freien marktwirtschaftlichen Entschlüssen der einzelnen Wirtschaftssubjekte bestimmen, als sie durch die *Lohnpolitik* der organisierten Arbeitsmarktparteien (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände) und durch die *Geldpolitik*, d. i. die monetäre Politik der Notenbank und die Fiskalpolitik des Staates, bestimmt werden. Und was die Wirtschaftssubjekte angeht, so liegen die wirklich gewichtigen Entschlüsse und Entscheidungen nicht bei der Vielzahl der kleinen und mittleren, sondern bei einer kleinen Zahl von großen und größten Unternehmen sowie bei den von diesen weitgehend beherrschten Verbänden; obendrein wird eine immer größere Zahl von im Rechtssinn selbständig Erwerbstätigen tatsächlich unselbständig, von ihren großen Auftraggebern abhängig. Obwohl das alles jedermann bekannt ist, sind die daraus sich ergebenden Konsequenzen sowohl für die staatliche Politik als auch für die Politik der Gewerkschaften noch längst nicht bis zu Ende durchdacht; da tut noch sehr viel „Aufklärung“ not.

Das Gesetz der „rückstrahlenden Wohlfahrt“

Was bis hier für den innerstaatlichen Bereich festgestellt wurde, gilt ebenso für den zwischen- und überstaatlichen Bereich. Die Imperialismustheorie hat da schon sehr früh etwas Richtiges gesehen, allerdings unzutreffend gedeutet. Der steigende Wohlstand der fortgeschrittenen industrie-„kapitalistischen“ Länder stammt in der Hauptsache nicht aus der Ausbeutung der wirtschaftlich rückständigen Länder, die so viel gar nicht hergäbe, sondern aus der unvergleichlich höheren Produktivität unserer Arbeit im Vergleich zu den noch nicht industrialisierten und selbst agrarisch noch völlig primitiven Ländern; insoweit besteht der gemeinsame Gehalt aller Arbeitswertlehren durchaus zu Recht und ist unangreifbar. Nichtsdestoweniger findet die von der Imperialismustheorie behauptete Ausbeutung der wirtschaftlich schwachen Länder durch die wirtschaftlich starken statt – allerdings nicht mit der Folge, daß die Ausbeutenden auf längere Sicht Vorteil davon hätten; vielmehr trifft das Gegenteil zu: auf die Dauer gesehen schaden die Ausbeutenden sich dadurch in hohem Grad selbst. Je rascher die Entwicklungsländer aufsteigen, je näher sie unserem fortgeschrittenen Stand kommen und je dichter sie unserem Fortschritt auf den Fersen folgen, um so schneller werden sie wertvolle und immer wertvollere Partner für uns; desgleichen umgekehrt: je langsamer sie aufsteigen, je weiter sie hinter uns zurückbleiben, um so länger bleiben sie – um es hart auszudrücken – ein Klotz an unserem Bein³.

³ Wie wenig diese Einsicht verbreitet ist, zeigt die rhetorische Frage eines Mannes, der es besser wissen müßte, ob Batistas oder Castros Kuba ein „Klotz am Bein“ der USA sei. – Gewiß haben einige Amerikaner vorübergehenden Vorteil von der Ausbeutung der lateinamerikanischen Länder, wofür das Batista-Regime in Kuba ein abschreckendes Beispiel ist. Auf die Dauer aber schadet ein fortgeschrittenes

Die Gewerkschaften in der vermachten Wirtschaft

Worauf es in diesem Zusammenhang ankommt, ist wiederum nur dieses: die Austauschverhältnisse zwischen den wirtschaftlich fortgeschrittenen und den zurückgebliebenen Staaten bestimmen sich nicht nach dem, was man sich gemeinhin unter „Marktgesetzen“ vorstellt; die hier spielenden „Marktgesetze“ sind in Wirklichkeit Ausdruck von *Machtverhältnissen*, in denen sowohl ökonomische wie genuin politische Macht zum Ausdruck kommt. Im Großraum der Weltwirtschaft bestimmt eindeutig die Macht, und zwar die Macht einer sehr kleinen Zahl von ganz Großen, sowohl politischer Gebilde (Staaten und Gruppen von solchen) als auch „privater“ (multinationale Konzerne und Kartelle); ob die Entscheidungen formell von politischen Instanzen getroffen werden oder „privater“ Initiative entspringen, macht keinen wesentlichen Unterschied.

Über die Stellung der multinationalen Konzerne und die Notwendigkeit, sich mit ihnen zu befassen, sind die Gewerkschaften sich bereits klar geworden und haben begonnen, geeignete Maßnahmen zu treffen; an Institutionen wie GATT, UNCTAD usw., insbesondere aber an die das Währungswesen manipulierenden Institutionen wissen sie offenbar noch nicht recht heranzukommen.

Alles oben bezüglich der Währungspolitik und des Währungsinstituts des eigenen Landes Ausgeföhrte gilt entsprechend und, was den Mangel an demokratischer Kontrolle angeht, in noch viel höherem Grad von der Vielzahl der Institutionen nationalen, internationales und supranationalen Charakters im weltweiten Raum. In wie begrenztem Maß ihre Politik, ihr Antagonismus oder ihre Kooperation von ökonomischer Rationalität und wie entscheidend sie von politischen Pressionen und Negotiationen bestimmt wird, in die neben höchst massiven materiellen Interessen auch noch ideologische Momente einfließen (man denke nur an den Gold-Mythos und das damit sich verkoppelnde Gloire-Bedürfnis der Franzosen!), ist jedem Zeitungsleser bekannt. – Schon vor mehr als 40 Jahren konnte Papst Pius XI. schreiben: „Zur Ungeheuerlichkeit wächst die Vermachtung der Wirtschaft sich aus bei denjenigen, die als Beherrscher und Lenker des Finanzkapitals unbeschränkte Verfügung haben über den Kredit und seine Verteilung nach ihrem Willen bestimmen. Mit dem Kredit beherrschen sie den Blutkreislauf des ganzen Wirtschaftskörpers; das Lebenselement der Wirtschaft ist derart unter ihrer Faust, daß niemand gegen ihren Willen auch nur zu atmen wagen kann“ (Quadragesimo anno, 106). – Und heute?

Die Zahl der von der vermachten Wirtschaft auf die Gewerkschaften eindringenden Fragen läßt sich beliebig vermehren. Stattdessen sei hier der Versuch unter-

Land durch Ausbeutung zurückgebliebener Länder am meisten sich selbst. – Vor dem 1. Weltkrieg, als Deutschland im Vergleich zu England ein „unterentwickeltes“, aber rasch aufstrebendes Land war, schrieb eine englische Zeitung den unvorstellbar törichten Satz, der während des Krieges immer wieder aufgetischt wurde, um Stimmung gegen England zu machen: an dem Tag, an dem Deutschland nicht mehr existierte, wäre jeder Engländer doppelt so reich. Heute weiß jeder Engländer, daß wirtschaftliche Stagnation eines anderen Landes, mit dem England in wirtschaftlichem Austausch steht, auf die englische Wirtschaft Zurückschlägt und jeder wirtschaftliche Aufschwung in einem dieser Länder auch der englischen Wirtschaft Auftrieb gibt. – Länder, deren wirtschaftlichen Auftrieb wir niederhalten, werden niemals wertvolle Partner für uns werden.

nommen, ganz allgemein zu fragen, ob nicht schon längst ein keiner öffentlichen Kontrolle oder Verantwortung unterstehender *privater* Dirigismus großer Einzelunternehmen, Konzerne und Verbände das Marktgeschehen in solchem Grad überlagert, daß *ordnungspolitisch* gar nicht mehr zwischen privater Marktwirtschaft und öffentlicher (staatlicher) Zentralverwaltungswirtschaft zu wählen ist, sondern es nur noch darum geht, den tatsächlich bestehenden privaten Dirigismus durch öffentliche (öffentlicht-rechtliche) Wirtschaftslenkung so auszubalancieren, daß es gelingt, die Selbstnützigkeit der privaten Mächte, die – entgegen der klassischen Theorie – *nicht* von selbst den höchsten gemeinen Nutzen hervorbringt, wenigstens so weit zu bändigen, daß sie sich dem, was um des Wohles des Ganzen willen unbedingt erforderlich ist, beugt oder doch zum mindesten es nicht vereitelt. Was anderes kann die Wirtschaftspolitik der „aufgeklärten Marktwirtschaft“ sein als ein solcher *Balance-Akt*?

Vielleicht kann man es sich so zurechtlegen: die Wirtschaftspolitik der *naiven* Marktwirtschaft wollte den in der paläoliberalen Ideologie souveränen Wettbewerb zu einem bloßen Instrument degradieren, mittels dessen der Markt, verstanden als das tägliche, angeblich demokratische, tatsächlich plutokratische Plebisitz der Anbieter und Nachfrager als *souveräne Instanz* die Wirtschaft optimal steuern sollte. Die Wirtschaftspolitik der *aufgeklärten* Marktwirtschaft geht einen Schritt weiter; sie unternimmt es, auch den Markt der ihm fälschlich zugeschriebenen Souveränität zu entkleiden; auch er soll eine bloße „Veranstaltung“, ein bloßes Instrument sein, auf dem ein anderer als *legitimer* Träger der Souveränität spielt und sich seiner zur konjunktuellen und strukturellen Steuerung der Wirtschaft bedient. Damit ist die Frage nach diesem legitimen *Träger* der Souveränität gestellt und zugleich die Frage nach dem *Organ*, das er mit der Ausübung dieser seiner Souveränität betraut.

Als die *neoliberale* Wirtschaftspolitik daran ging, den Wettbewerb der ihm fälschlich zugeschriebenen Souveränität zu entkleiden, war ihr Ziel keineswegs, ihn in den Ruhestand zu versetzen, sondern ihn vor seiner Selbstzerstörung zu bewahren und seine außerordentliche Leistungsfähigkeit in ihren Dienst zu nehmen. Wenn die Wirtschaftspolitik der aufgeklärten Marktwirtschaft ebendasselbe in bezug auf den *Markt* unternimmt, dann gleichfalls nicht in der Absicht, ihn außer Funktion zu setzen, sondern im Gegenteil seine schwer angeschlagene Funktionsfähigkeit wiederherzustellen, um *durch* das in ihren Dienst genommene Spiel der Marktkräfte *ohne* dirigistische Eingriffe in den Markt (prozeßpolitische Mikrointerventionen) ihre Ziele zu erreichen. – Demnach kommt alles darauf an, *wer* die für das gesamte Marktgeschehen entscheidenden Daten (früher nannte man sie „Randbedingungen“) zu setzen hat; für die Gewerkschaften lautet die Frage, ob dies *ohne* sie oder gar *gegen* sie geschieht oder *ob* und zutreffendenfalls *wie* sie dabei mitzuwirken haben.

Am einfachsten wäre es, einer einzigen allwissenden, allweisen und allmächtigen Stelle diese Aufgabe zu übertragen. Nach aller Erfahrung sind aber die einfachsten Lösungen durchaus nicht immer die besten. Weder im menschlichen Hirn noch im Computer findet sich die ideale Synthese von Allwissenheit, Allweisheit und Allmacht.

Aus sehr guten Gründen vermeiden wir es, allzu große Machtfülle in *eine* Hand zu legen, selbst wenn es möglich wäre, den Gebrauch, den sie davon macht, einer effektiven demokratischen Kontrolle zu unterstellen. Demnach muß eine pluralistische Lösung gesucht werden; gefunden ist sie bis heute nicht.

„Konzertierte Aktion“ – ein Lernprozeß

Unsere Wirtschaftspolitik hat sich die Behelfslösung der „konzertierten Aktion“ einfallen lassen, die gewiß besser ist als nichts, aber keineswegs imstande ist, das zu leisten, was wir brauchen. Von Souveränität, ja auch nur von irgendwelcher Entscheidungsbefugnis kann bei ihr schon deswegen keine Rede sein, weil sie überhaupt kein Gebilde, kein Organ, keine Instanz oder Institution, sondern – in der Sprache des Gesetzes – ein „aufeinander abgestimmtes Verhalten“ ist (§ 3, Abs. 1 StabGes); niemand hat die Befugnis, dieses „aufeinander abgestimmte Verhalten“ vorzuschreiben oder dessen Inhalt zu bestimmen; ob es zu diesem „aufeinander abgestimmten Verhalten“ kommt oder nicht, hängt von der freien Entscheidung jedes einzelnen Beteiligten ab. Daran, daß sowohl verfassungsrechtlich als auch tatsächlich die Entscheidungsmacht in wirtschaftlichen Angelegenheiten bei einer Mehrzahl von verschiedenen Ebenen angehörenden Machträgern liegt, hat die „konzertierte Aktion“ nichts geändert, kann und will sie nichts ändern.

„Konzertierte“ agieren können diese Machträger jedoch nur, wenn sie, ungeachtet der verschiedenen Ebenen, von denen sie herkommen, sich auf *gleicher* Ebene treffen. Den verschiedenen Ebenen, denen sie angehören, entsprechen ebenso verschiedene Aufgaben oder, was sachlich dasselbe ist, von ihnen zu wahren *Interessen*. Kann derjenige Machträger, der die Interessen *aller* zu wahren hat, sich überhaupt auf eine Ebene mit den Vertretern partikularer oder spezifischer Interessen begeben? Steigt er damit nicht in unzulässiger, ja unverantwortlicher Weise hinab, oder werden umgekehrt letztere dadurch nicht auf eine Stufe hinaufgehoben, auf die sie nicht gehören? Diese Frage wäre verhältnismäßig harmlos, wenn alle Interessen konform gingen oder es doch eine für *alle* Beteiligten erkennbar und anerkannt optimale Synthese gäbe, auch wenn diese nur eine annehmbare Kompromißlösung wäre. Dem ist aber offenbar nicht so; in Wirklichkeit bestehen überaus schwerwiegende, nicht nur vermeintliche oder vorübergehende, sondern auch echte und dauernde Interessenkonflikte. Und dabei sind die konfligierenden Interessen keineswegs, wie es bei oberflächlichem Anblick scheinen könnte, nur materieller Art; die materiellen Interessen sind weitgehend nur der Anknüpfungspunkt für Interessen, die *höheren Wertbereichen* angehören. Namentlich die Gewerkschaften erscheinen bei den im Bundesministerium für Wirtschaft stattfindenden Zusammenkünften keineswegs als bloße „Lohnmaschinen“. Vordergründig geht es um Lohnleitlinien, aber selbst da geht der Streit nicht sosehr um das Materielle als um die gesellschaftspolitische Grundsatzfrage nach dem

Verhältnis von Tarifautonomie und gesamtwirtschaftlicher Mitverantwortung der Gewerkschaften; letzten Endes geht es um das *Selbstverständnis* der Gewerkschaften in einer Wirtschaft und Gesellschaft, die nicht mehr diejenige ist, unter deren Gesetz sie angetreten sind. Aber auch der *Minister* tritt nicht nur als Vertreter seines Ressorts auf, sondern als Mitglied der Bundesregierung und in dieser Eigenschaft mitverantwortlich für das Gesamtwohl von Staat und Volk. So muß er sich selbst, auch wenn er es sich soweit wie möglich anmerken läßt, als *Dirigent* des Konzerts verstehen; die anderen Konzertanten aber bringen alles andere als Geneigtheit mit, sich seinem Dirigentenstab zu unterstellen; sie wollen die Melodie mitbestimmen und jeder wünscht sich die Melodie etwas anders. In glückhaften Einzelfällen können der „konzertierte Aktion“ Lösungen gelingen; aufs Ganze gesehen ist sie überfordert. Das hat schon die verfassungsmäßige Argumentation erwiesen; noch schlagender bestätigt es die Erfahrung. Aber die gleiche Erfahrung erweist sie als einen *Lernprozeß von allerhöchstem Wert*. Gelänge es der Wirtschaftspolitik der „aufgeklärten Marktwirtschaft“, diesen Lernprozeß nicht nur in Gang zu setzen, sondern in fortschreitendem Gang zu erhalten, dann dürfte man sich aufgeklärte Gewerkschaften als dessen besonders erfreuliches Ergebnis versprechen.

Vorerst sind alle Beteiligten noch tief im *Wunschdenken* verstrickt. Eine besonders häufige Form dieses Wunschdenkens ist, daß man nur die *erstrebten* Auswirkungen dessen, was man unternimmt oder fordert, in leuchtenden Farben sieht, die unvermeidlichen unerwünschten Nebenfolgen und weiteren Folgewirkungen dagegen nicht sieht oder nicht sehen will; lassen sie sich beim besten Willen nicht mehr übersehen, dann spricht man sich von aller Mitverantwortung dafür frei und schreibt sie anderen Ursachen, am liebsten dem bösen Willen anderer zu. – Das klassische Beispiel ist wohl dieses: nach dem Wunschdenken der Gewerkschaften sind Preissteigerungen niemals die Folge von Lohnerhöhungen; es gibt zwar eine Preis-Lohn-Spirale, aber beileibe keine Lohn-Preis-Spirale; wenn nach einer Lohnerhöhung die Preise steigen, kann nur die unersättliche Profitgier der Unternehmer die Ursache sein. Hier, so scheint es, hat der Lernprozeß der „konzertierten Aktion“ in einigen Köpfen schon erste Früchte zu tragen begonnen. Der harte Zusammenstoß zwischen Lohnleitlinien und Tarifautonomie läßt sich nun einmal nicht einfach damit abtun, daß man die Lohnleitlinien als verfassungswidrigen Eingriff in die Tarifautonomie zurückweist; sie zwingen zum Nachdenken. Die Erkenntnis geht auf, daß doch ein Zusammenhang zwischen Lohnerhöhung und Preissteigerung besteht, indem die Lohnverwendung darüber entscheidet, ob oder in welchem Maß die Lohnerhöhung sich in Preissteigerungen umsetzt, umsetzen kann oder gar umsetzen muß⁴.

⁴ Löhne sind Kaufkraft. Ist die Lohnsumme stärker gestiegen als die Menge der erzeugten Verbrauchsgüter, und sind die Arbeiterfrauen entschlossen, den höheren Lohn voll in Verbrauchsgüter umzusetzen, dann kann ihnen das Schlangestehen nur dadurch erspart werden, daß die Unternehmer die Preise soweit hinaufsetzen, daß die verfügbare Warenmenge ausreicht, um dieandrängende Kaufkraft voll zu absorbieren.

Damit ist eine Perspektive eröffnet für eine neue, „aufgeklärte“ Lohnpolitik. Man gibt sich Rechenschaft: die traditionelle Politik der Erhöhung der Nominallöhne war weniger ein Instrument der Einkommenspolitik als ein Störfaktor der Geldpolitik; man sollte ihr nichts abfordern, was sie ihrer Natur nach nicht leisten kann, und sie darum ganz in den Dienst der Sicherung der Vollbeschäftigung ohne Schädigung des Geldwerts stellen; der Allgemeinheit, an erster Stelle den Gewerkschaftsmitgliedern selbst, wäre damit am besten gedient. Durch Sicherung der Vollbeschäftigung kann die Nominallohn-Politik einen unersetzblichen Beitrag zum Wachstum des Sozialprodukts und zur Erhöhung des *Realeinkommens* leisten. An diesem gewichtigen Einfluß der Nominallöhne auf die *Größe des zu verteilenden Kuchens* sind alle im gleichen Sinn interessiert; der Interessengegensatz beginnt erst beim Verteilen; *verteilungspolitisch* aber sind die Nominallöhne unwirksam.

Hat sich diese Erkenntnis erst einmal durchgesetzt, dann läßt sich in der „konzentrierten Aktion“ über Lohnleitlinien für *Nominallöhne* rein sachlich (ökonomisch!) diskutieren. Dem *verteilungspolitischen* Interessenstreit sind sie entrückt und damit auch für die Gewerkschaften als die Interessenvertreter der Arbeitnehmerschaft zu einem *interessennetralen* Stabilisierungsinstrument geworden; von den Lohnleitlinien droht der Tarifautonomie als Instrument der *Verteilungspolitik* keine Gefahr mehr. Schwierig wird es sich allerdings erweisen, den Mitgliedern einsichtig zu machen, daß der Verzicht auf die *verteilungspolitisch* unwirksame Nominallohn-Politik keine Preisgabe ihrer Interessen, keinen „*Verrat*“ bedeutet; letzten Endes werden nicht die kreislauftheoretischen Argumente überzeugen, sondern nur der bessere *Erfolg* der „aufgeklärten Lohnpolitik“.

Zur Zeit sind wir trotz „konzertierter Aktion“ von einem Konzert der Machträger im Raum der Wirtschaft noch weit entfernt. Die konzertierte Aktion hat Rückschläge erlitten und vielfach enttäuscht. Diese Enttäuschung und zunehmende Verdrossenheit sollte man nicht allzu ernst nehmen; die in die konzertierte Aktion gesetzten Erwartungen waren zu hoch gespannt, um im Handumdrehen erfüllt werden zu können. Viel bedrückender ist es, sich mit der Erkenntnis abfinden zu müssen, daß es eine *rational aufgehende Lösung* des Problems der machtpluralistischen Wirtschaft nicht gibt. Im einzelnen wird die Wirtschaftspolitik der aufgeklärten Marktwirtschaft uns und den Gewerkschaften noch viele Probleme stellen; jedes von ihnen wird neue Lernprozesse in Gang bringen. Zu diesen Lernprozessen müssen wir alle, müssen insbesondere unsere Gewerkschaften die nötige Ausdauer und innere Aufgeschlossenheit mitbringen, vor allem die Bereitschaft, vorgefaßte Meinungen abzulegen, das Wunschedenken zu überwinden und uns allen Erkenntnissen ohne Unterschied, gleichviel ob sie uns in den Kram passen oder nicht, vorbehaltlos zu erschließen. – Aufgeklärte Marktwirtschaft erfordert nicht nur aufgeklärte Politiker, sondern ebenso sehr aufgeklärte Unternehmer, eine aufgeklärte Verbraucherschaft, an allererster Stelle aber *aufgeklärte Gewerkschaften*.